

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postfachamt Riesa, Nr. 20.

Postfachamt Leipzig 2100, Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 197.

Mittwoch, 25. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Gütergebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Octavpreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Kontrast gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anzeigengebühren, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Viehbeständen der Gutsbesitzerin Köhner Nr. 24, der Gutsbesitzer Arthur Wolf Nr. 22, Max Prasser Nr. 19 und Edmund Behnisch Nr. 16 in Kobelen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk: Kobelen. Beobachtungsgebiet: Pahrenz und Seyda.

Die für den Sperr- wie Beobachtungsbezirk geltenden Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912 — sind zu beachten. Umverhandlungen dagegen werden strafrechtlich verfolgt.

Großenhain, am 24. August 1920.

1887 a. E.

Die Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 27. August 1920 ab

1. auf Abschnitt 140 der grauen und gelben Nahrungsmittelliste I 125 gr Haferklofen.
2. auf Abschnitt 140 der roten und grünen Nahrungsmittelliste I 125 gr Haferklofen.

Die Entnahme hat bis spätestens den 1. September 1920, 12. 3. zu erfolgen. Der Preis beträgt für Haferklofen 1.40 Mk. für das Pfund.

Großenhain, am 24. August 1920.

Der Kommunalverband.

Auf Blatt 584 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft Filiale Riesa** in Riesa, Zweigleibhaftigkeit der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Hamburg und weiter eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Februar 1870 festgesetzt und am 22. November 1875, 23. August 1881, 24. Februar 1885, 28. Februar 1893, 12. Februar 1895, 29. Dezember 1897, 28. Februar 1898, 13. April 1898, 28. März 1900, 7. März 1901, 27. Februar 1904, 28. Januar 1905, 10. März 1905, 4. Juni 1919, 24. Juni 1920 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und damit zusammenhängender Geschäfte.

Das Grundkapital beträgt 200 000 000 Mark, eingeteilt in 2810 Aktien zu je 100 & 200 bzw. 300 Mk. und 199157 Aktien zu je 1000 Mk. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

- a) Direktor Friedrich Wilhelm Gustav Wisker in Berlin,
- b) " Ferdinand Linde in Hamburg,
- c) " Andreas Ferdinand Curt Korn in Hamburg,
- d) " Carl August Harter in Berlin,
- e) " Amandus Christian Joachim Wilhelm de la Roy in Hamburg,
- f) " Moritz Schulke in Berlin,
- g) " Curt Joseph Sobornheim in Berlin,
- h) " Julius Rosenberger in Berlin

sind ordentliche Mitglieder des Vorstandes,

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 25. August 1920.

—* Mitteilung aus der Ratssitzung am 20. August 1920:

1. Der Düngerabfuhr-K. - G. soll auf ihre Gesuche hin für die Ausführung der Schleusenreinigungen eine Jahresvergütung gewährt werden, die um jährlich 300 Mk. über die Selbstkosten hinausgeht, die derselben bei Ausführung der Reinigungen erwachsen.

2. Einem Gesuch der Antieger, auf dem Seehaus einen Wägebereich und Trocknplatz herzustellen, beschließt man mit Rücksicht auf die hohen Kosten zur Zeit nicht zu entsprechen.

3. Einer seiner Zeit in der Stadtverordneten-Sitzung erfolgten Anregung gemäß wird die Verlängerung des nächsten Jahres in Aussicht genommen. Die Kosten sollen im nächsten Haushaltsplan eingestellt werden.

4. Da die Kosten für Ausfuhr der Fahndbrücke in Gelsenhausen zu betragen zur Zeit außerordentlich hohe sein würden, beschließt man nunmehr beschleunigt die Brücke in Holz auszuführen.

5. Vom Flurstück 771 beschließt man einen Teil von etwa 1600 Quadratmetern dem Jng. Schirrer zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftsgebäudes in Erbpacht auf 50 Jahre zu übertragen.

6. Die Besitzer einer Anzahl hiesiger Häuser sollen zur Verrichtung der Schaufseiten derselben veranlagt werden.

7. Der Kartoffelkleinhandelspreis wird ab 28. August auf 35 Pfg. für das Pfund herabgesetzt.

8. Dem Hilfsarbeiter Wugler wird ab 1. August die zur Zeit nicht besetzte Hilfsbedienstetenstelle in der Sparkasse übertragen.

9. Auf das Gesuch der Straßenbahngesellschaft werden 857,60 Mk. Straßenpflaster-Ausbesserungskosten, die ihr an sich vertragmäßig zur Last fallen, auf die Stadtkasse übernommen.

Zu Punkt 1, 5 und 9 ist noch die Zustimmung des Stadtverordneten-Kollegiums erforderlich. Hierüber werden noch 50 weitere Punkte erledigt.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten Herr Stadtverordn. Romberg und Herr Stadtverordn. Raden. Als Vertreter der Stadt war Herr Bürgermeister Dr. Scheider anwesend. Der Redner war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Blas-Vork. Mendel.

1. Nachvermittlung. Für die im Frühjahr beschafften 80 Meter Schläuche für den Stadtpark waren vom Kollegium 2608 Mk. bewilligt worden. Der Preis war seinerzeit von der Liefernden Firma freibleibend abgegeben worden. Bei der Lieferung der Schläuche kosteten diese 5929,50 Mk., wobei der verwilligte Betrag um 3321,50 Mk. überschritten ist. Die Firma hat erklärt, daß sie den früheren Preis berechnet und sich mit einem kleinen Nutzen begnügt habe, um die Stadt sich als Kunden zu erhalten. Das Kollegium trat dem Ratsschluß, die Mehrkosten nachzuvermitteln, bei.

2. Ortsgeleit über die Gewährung von Tagelohnern und Reisekosten an die Mitglieder der hiesigen Körperschaften, die Beamten, Angestellten und Lehrer der Stadt Riesa. Zur Bemessung der Entschädigungssätze sind folgende Abteilungen gebildet worden:

Gruppe 1: die Mitglieder der hiesigen Körperschaften und diejenigen Beamten, Angestellten und Lehrer, die Grundgehalt wenigstens nach Gruppe 9 der Befoldungsordnung beziehen; Gruppe 2: diejenigen Beamten, Angestellten und Lehrer, die Grundgehalt nach Gruppe 6 bis 8 beziehen; Gruppe 3: alle übrigen Beamten und Angestellten. Der Entwurf sah folgende Tagelohnsätze vor: Gruppe 1 bis 8 Stunden 30 Mk., über 8 Stunden 50 Mk.; Gruppe 2 bis 8 Stunden 25 Mk., über 8 Stunden 40 Mk.; Gruppe 3 bis 8 Stunden 20 Mk., über 8 Stunden 30 Mk. Herr Stadtverordn. Keger stellte den Antrag, die Tagelohnsätze wie folgt zu bemessen: Gruppe 1: 20 und 34 Mk., Gruppe 2: 17 und 28 Mk., Gruppe 3: 14 und 20 Mk.; für Übernachtung Gruppe 1: 17 Mk., Gruppe 2: 14 Mk. und Gruppe 3: 10 Mk. Bis auf weiteres soll zu diesen Sätzen ein Zuschlag von 50 Prozent gewährt werden. Diese Regelung habe den Vorzug, daß sich eine Erhöhung oder Ermäßigung der Sätze besser vornehmen lasse. Der Antrag Keger wurde angenommen. Die übrigen Bestimmungen über Vergütung für Nebenausgaben, Fahrgeld, Kilometergebühren usw. wurden in der Fassung des Entwurfs angenommen. Herr Stadtverordn. Keger wünschte die Tagelöhner und Reisekosten als besonderen Titel im Haushaltsplan einzuführen.

3. Rechnung über Gemeindegroßsteuer für 1918. Die Rechnung weist nach, daß die Gemeindegroßsteuer im Jahre 1918 erhoben worden ist nach einem Grundwert von 44 457 400 Mk. Eine Veränderung dieses Gesamtwertes hat sich nicht ergeben. Erhöht wurde die Grundsteuer nach 1 Mk. 11 Pfg. für 1000 Mk. Wert. Die Rechnung wurde richtig gesprochen, ebenso

4. die Rechnung über die Armenkasse auf das Jahr 1918 und

5. die Rechnung über die Armenhausverwaltung auf das Jahr 1918.

6. In den Reichseinkommensteueraussschuß wählte das Kollegium als Mitglieder die Herren Stadtverordn. Bernhard Müller, Handlungsgehilfen Jurmann und Tischer, Hofmüller, als Stellvertreter die Herren Stadtverordn. Koberger, Privatrat Kreyß und Bodenmeister Matthes. Der Rat hat in den Ausschuss gemäß als Mitglieder die Herren Stadtverordn. Seurig, Stadtrat Scherffig und Stadtkammerer Kiesel, als Stellvertreter die Herren Stadtrat Richter, Stadtverordn. Fiedler und Stadtrat Gehler.

7. Erhöhung des Jahresbeitrags für den Verein für Volksbildung und Kunstpflege. Auf eine Eingabe des Vereins um Erhöhung des Jahresbeitrags der Stadt hat der Rat beschlossen, den Jahresbeitrag von 300 auf 500 Mk. zu erhöhen. Der Rat hatte hierbei in Betracht gezogen, daß dem Verein durch Verteilung der Räume und Gewährung von Licht und Heizung schon größere Summen zuteil würden. Herr Stadtverordn. Baumitz beantragt namens der Linken den Jahresbeitrag auf 1000 Mk. zu erhöhen. Herr Stadtverordn. Keger erklärte, daß die Rechte die gemeinnützigen Vereinen des Vereins anerkennen und auch nicht grundsätzlich gegen

- i) Direktor Dietrich Bloch in Magdeburg,
- l) " Albert Bothe in Magdeburg,
- k) " Arnold Dietrich Friedrich zum Felde in Hamburg,
- m) " Hans Oskar Sener in Berlin,
- n) " Karl Friedrich Wilhelm August Horn in Berlin,
- o) " Carl Friedrich Wilhelm Kelling in Hamburg,
- p) " Wilhelm Carl Franz Hermann Emil August Mertens in Berlin,
- q) " Albert Burche in Magdeburg,
- r) " Arthur Niemann in Magdeburg,
- s) " Joseph Sanber in Hamburg,
- t) " Ernst Schleginger in Berlin,
- u) " Genert Cosmice Nicolay Sonderburg in Hamburg,
- v) " Leo Moritz Thum in Berlin,
- w) " Willy Hornbäumen in Magdeburg,
- x) " Paul Weltenborn in Magdeburg

sind stellvertretende Mitglieder des Vorstandes. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt in der Weise, daß Erklärungen, durch die die Gesellschaft berechtigt oder verpflichtet werden soll, entweder von zwei Mitgliedern des Vorstandes (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem Vorstandsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) und einem Protokuristen oder von zwei Protokuristen abzugeben sind.

Weiter wird aus dem Gesellschaftsvertrage noch veröffentlicht: Die Ernennung der Vorstandsmitglieder und etwaiger Stellvertreter erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt mittels einer mindestens 21 Tage vor dem Tage der Generalversammlung zu veröffentlichenden Bekanntmachung. Der Tag der Berufung und der Tag der Generalversammlung sind hierbei nicht mitzurechnen.

Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden vom Aufsichtsrat oder Vorstände im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Sie geschehen unter der Firma und der Unterschrift "Der Aufsichtsrat" oder "Der Vorstand", je nach dem die Veröffentlichung von ersterem oder letzterem zu ergehen hat.

Amtsgericht Riesa, den 20. August 1920.

G.

Montag, den 30. August, vorm. 10 Uhr

soll im Hofe des Herrn Viehhändlers Schneider in Riesa, Bismarckstr. 59, eine Schmelz-Akte versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Strasse Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: Mehrere Dien- und Hausmägde mit und ohne Stallarbeit bei hohem Lohn, 1 perfekte Köchin, 1 Küchenmädchen, mehrere Schmeide, 1 gel. Kieselstreicher.

die beantragte Summe sei. Sie empfehle aber erst einmal, die umliegenden Orte mehr als bisher zu den Beihilfen mit heranzuziehen. Bedürfe der Verein auch dann noch einer härteren finanziellen Unterstützung, so möge er nochmals ein Gesuch einreichen. Herr Stadtverordn. Günther erwiderte, daß diese Haltung einer Verzögerung gleichkomme und vermies auf die Aufwendung für die Schüler der Oberrealschule und für die Handelschule. Es würde befremdlich wirken, wenn die Volksschularbeit weniger unterstützt würde. Herr Stadtverordn. Keger erklärte, daß man sich den vorgebrachten Gründen nicht verschließen könne und Herr Tröber habe ja auch bereits erklärt, daß die Rechte nicht grundsätzlich gegen die beantragte Erhöhung sei. Der Antrag Baumitz wurde hierauf einstimmig angenommen.

8. Erhöhung des Zuschusses zur Unterhaltung der Handelschule. Durch die herrschenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich auch die wirtschaftliche Lage der Handelschule weiter verschlechtert. Die Mehreinnahmen aus den erhöhten Zuschüssen des Ministeriums des Innern und der Handelskammer, sowie aus der Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und des Schulgeldes genügen nicht, um die Schwierigkeiten zu beheben. Der Verein hat deshalb gebeten, den Jahresbeitrag der Stadt von 4000 Mk. auf 10 000 Mk. zu erhöhen. Es ist festgestellt worden, daß 76 Schüler die Handelschule besuchen, die fortbildungsschulpflichtig sein würden, wenn die Handelschule nicht bestünde. Der Fortbildungsschule würde für diese 76 Schüler ein Aufwand von 11 628 Mk. entstehen. Der Rat hat beschlossen, dem Gesuche zu entsprechen. Herr Stadtverordn. Günther erklärte, daß die Linke der Vorlage zustimme. Er mache jedoch darauf aufmerksam, daß die Hälfte der Schüler von auswärtigen Schülern und der Unterschied zwischen den Schulgeldsätzen für hiesige und auswärtige Schüler ein minimaler sei. Die auswärtigen Schüler müßten mit wesentlich höheren Sätzen herangezogen werden. Er gab ferner den Gedanken zur Erwägung, die Handelschule und Fortbildungsschule zu einer Berufsschule auszubauen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Frage, ob man die Handelschule auf die Stadt übernehmen solle, schon erörtert worden sei. Man habe die Überzeugung gehabt, daß dann der Stadt wesentlich höhere Kosten erwachsen würden. In Anbetracht der finanziellen Verhältnisse der Stadt sei es besser, man lasse diese Frage jetzt noch offen. Im Ministerium des Innern sei man zudem der Meinung, daß es zweckmäßig sei, wenn die Fachschulen in der Hand der Berufskörperschaften blieben. Das Mindestmaß von Interesse, das wir jetzt der Handelschule erweisen müßten, sei aber, daß wir ihr den Jahresbeitrag von 10 000 Mk. zuwenden. Herr Stadtverordn. Keger meint, daß ein großer Teil der Mitglieder des Handelschulvereins gewiß froh wäre, wenn die Stadt die Handelschule übernehmen würde. Die Mitglieder hätten andererseits aber auch gern die Anstalt unterhalten. Dem Vorschlag des Herrn Günther, das Schulgeld für auswärtige Schüler zu erhöhen, stimme er nicht zu, da bei der Handelschule die Verhältnisse anders lägen wie bei der Oberrealschule. Man solle versuchen, Gröbba stärker heranzuziehen. Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

9. Der Beschaffung einer Schladenwägemaschine für das Gaswerk und der Bewilligung der Kosten hierfür in Höhe von 5500 Mk. nimmt das Kollegium zu.

Die Luzerner Beschlüsse.

Die Mitteilung über die Ergebnisse des Luzerner Verständigungsaustausches zwischen Lloyd George und Giotiti ist ungenau gefaßt abgefaßt: die ganze Gewandtheit Giotitis, der offenbar für den Wortlaut verantwortlich ist, zeigt sich in der Art, wie der Gegensatz zwischen der englisch-italienischen Politik und derjenigen Frankreichs behandelt wird.

Die Auffassung und Haltung Millerands steht in den beiden Hauptfragen der internationalen Politik bezüglich der deutschen Frage ebenso wie bezüglich der russischen, deutlich von derjenigen des englischen und des italienischen Verbündeten ab. Ein wirklicher Friede, so erklären Lloyd George und Giotiti, kann nicht durch die Friedensverträge allein, sondern er muß auch durch die Art und Weise ihrer Ausführung verbürgt werden.

Die russische Frage scheint in die französische Politik zunächst recht behalten zu haben. In Luzern hat die Mitteilung vorgelegen, daß die Sowjetregierung in Wien tatsächlich als Friedensbedingung die Bewaffnung des polnischen Proletariats gefordert hat.

Ein Ultimatum an Sowjetrußland.

Die „Times“ meldet über die Luzerner Beschlüsse: Nach Moskau ist ein Telegramm geschickt worden, das im wesentlichen ein Ultimatum darstellt und dessen Beantwortung bis Ende dieser Woche verlangt wird.

England droht ein Grubenarbeiterstreik.

Befürchtungen in London.

in London, 25. August.

Die Ablehnung unter den englischen Grubenarbeitern für oder gegen den Streik findet am Dienstag und den beiden folgenden Tagen statt. Voraussichtlich wird das Ergebnis eine große Mehrheit für den Streik ergeben.

in London, 25. August.

Der bevorstehende Streik der britischen Grubenarbeiter wird auch die Lebensmittelversorgung der englischen Großstädte, vor allem Londons, gefährden. Der Lebensmittelkontrolleur, Mr. Curdon, ist jedoch der Ansicht, daß er sie, wenn auch bei wesentlich erhöhten Preisen, wird aufrecht erhalten können.

in London, 24. August.

Die Regierung ist entschlossen, trotz der Streikdrohung der Bergarbeiter an ihrem Standpunkt festzuhalten und auf die Forderungen der Arbeiter nicht einzugehen. Die Frage der von den Arbeitern verlangten Gewerkschaftszulassung wird von der Regierung als von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung bezeichnet.

Smillie, der Führer der englischen Grubenarbeiter, hat gedroht, daß der Grubenarbeiterausstand binnen drei Wochen ausbrechen werde. Er teilt mit: Die Führer der Grubenarbeiter beabsichtigen, die Rationalisierung der Gruben zu erzwingen, die im vergangenen Jahre bekanntlich nicht gelang.

Weltgegenstände.

in Berlin, 24. August.

Der russisch-polnische Krieg hat eine Erscheinung gezeigt, die, wie man fast annehmen dürfte, dem 20. Jahrhundert den Stempel aufdrücken wird. Das ist der Eintritt des Sozialismus in die hohe internationale Politik.

Mandatsniederlegung der Unabhängigen in Gotha.

Der „Vorwärts“ erzählt aus Gotha: Nachdem in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung die bürgerlichen Parteien die Ausdehnung des Reichsmandatsgegengesetztes auf das Land Gotha abgelehnt hatten, legten die unabhängigen Mitglieder ihre Mandate nieder und machten damit die Landesversammlung beschlußunfähig.

Geklüftet

Durchbruchskampf russischer Kavallerie.

Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Das vorgekämpfte Gefecht bei Chorzele war der Durchbruchskampf des bisher westlich der Linie Chorzele-Blawa abgeschlossenen 2. Kavalleriekorps. Der Durchbruch eines größeren Teiles ist gelungen.

Grenzverletzung durch die Polen.

Die „Allgemeine Zeitung“ meldet: Bei Groß-Polichien, Kreis Orlau, drangen polnische Truppen einige Meter über die Grenze und entwaffneten bereits übergetretene Russen. Nach einer Mitteilung aus Krakau haben die Polen am 22. August in Solbau und Alowo je einen Deutschen aus unbekanntem Grund erschossen.

Die Lage an den Fronten.

Aus Königsberg i. Pr. wird folgender Lagebericht verbreitet: Der polnische Vorstoß hat den zurückgehenden Resten der 4. bolschewistischen Armee stark in der Richtung

auf Kosno nach. Das Zentrum hat nach Vernichtung harter Teile der bolschewistischen 15. Armee getrennt Kommando erreicht und befindet sich im Vormarsch vor Biainhof in nördlicher Richtung. In der Gegend von Brest-Litovsk und Cholm vergebliche Gegenangriffe der Bolschewisten.

Die Ansicht der „Pravda“.

Die bolschewistische „Pravda“ schreibt: Unser Vormarsch auf Warschau mußte vorläufig eingestellt werden. Unsere Heere sind zum Stehen gebracht worden. Gleichzeitig gehen die Verhandlungen mit den Polen nur langsam vorwärts.

Verkaufte Hölzer.

Aus den letzten Nachrichten aus Rinnik geht hervor, daß es jetzt die Polen sind, die die Verhandlungen in die Länge zu ziehen suchen. Sie hoffen, daß die Erfolge der polnischen Heere sich abmehren und daß es ihnen infolgedessen möglich sein werde, den Bolschewiken die Friedensbedingungen zu diktieren.

Neuer Erfolg Brangels.

General Brangel hat einen weiteren Erfolg zu verzeichnen, indem er 34 Geschütze und 100 Maschinengewehre eroberte. Das ganze Gebiet links vom Dajpr ist vom Feinde frei. Die Offensive der in der Gegend des Don gelandeten russischen Truppen schreitet erfolgreich fort.

Der Dant

an die Sicherheitspolizei Oberschlesiens.

Von ausländischer Stelle wird D.D. mitgeteilt: In den schweren Stunden, welche die Bevölkerung Oberschlesiens unter dem Druck frecher Insurgenten in der letzten Woche durchlebt hat, hat sich die unerschütterliche Pflichttreue der Sicherheitspolizei im Kampf für die Aufrechterhaltung der Ordnung aufs neue bewährt.

Minister Sebering in Breslau.

Der preussische Minister des Innern Sebering und der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Seiwald begaben sich gestern auf Veranlassung des Reichskabinetts in Begleitung des Legationssekretärs Dr. Meyer nach Breslau, um sich mit Vertretern Oberschlesiens über die dortige Lage zu besprechen.

Polnische Gewaltakte.

Außer Antonienhütte ist auch Morgenroth von den Polen besetzt worden. Die Polen versuchen nun auch Ratibor in ihre Hand zu bekommen. Von dem südlichen Teil des Kreises Ratibor sind etwa tausend bewaffnete Polen gegen die Stadt Ratibor vor. Nach Meldungen, die in Krakau eingegangen sind, wollen die Polen auch diesen Ort besetzen.

Nach ergebnisloser Verhandlung des Kobnitzer Kreis-Kontrollrats mit den Insurgentenführern ist die von drei Seiten herantretende Stadt Rahnitz im Laufe der vorletzten Nacht in die Hände der Aufständischen gefallen.

Obwohl die interalliierte Kommission in Oberschlesien der Reichsregierung zugesichert hatte, die Entwaffnung der polnischen Aufständischen durchzuführen und für schleunige Herstellung geordneter Verhältnisse zu sorgen, haben nach in Berlin vorliegenden Nachrichten aus dem ober-schlesischen Aufstandsgebiete, die dort eingerückten französischen Truppen bisher keine Initiativen zur Entwaffnung der polnischen Banden getroffen.

In Rattowitz Stadt und Land ist unter dem Voris des französischen Hauptmanns Vlamme eine Qualifizierungskommission, bestehend aus drei Deutschen und drei Polen, gebildet worden, die die Organisation von Bürgerwehren in Angriff nehmen soll.

Die Waffen- und Munitionstransporte.

Montag abend fand unter Vorsitz des Reichskanzlers in Berlin eine Besprechung mit Vertretern der beteiligten Organisationen über die Frage der Beförderung von Waffen und Munition statt. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß trotz neutralitätswidriger als auch zu ungeschicklichen Zwischenbestimmte Transporte unter allen Umständen verhindert werden sollen, wenn die Regierung nicht, unabhängig von dem Gange der kriegerischen Ereignisse, fest auf dem Vorgehen der Neutralität.

Abberufung Lowers aus Danzig?

Die „Danzig News“ meinen zu dem Ergebnis der Konferenz in Luzern, daß es die Blodade Polens durch die deut-

